

Im Interesse der Allgemeinheit

Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen für Alle

ZUSAMMENFASSUNG



Kate Raworth/Oxfam

 **Oxfam**
International

 **WaterAid**

„Kostenlose Grundschulbildung war für uns wie ein Wunder. Ohne sie wäre John [11 Jahre alt] noch zu Hause.“
Jane Nzomo, Kenia

„Freiheit bedeutet sauberes Wasser zu haben... in einer anständigen Wohnung zu leben, einen guten Arbeitsplatz zu besitzen, und Zugang zu Gesundheitsdiensten zu haben. Damit will ich sagen, was nützt uns die ganze politische Wende, wenn die Lebensqualität der Menschen nicht verbessert wird? Wenn dies nicht geschieht, ist unser Wahlrecht nutzlos!“

Desmond Tutu, Südafrika, 1999

Klassenzimmer mit Lehrern; Kliniken mit Krankenschwestern; Wasser aus der Leitung und funktionierende Toiletten: für Millionen Menschen überall in Entwicklungsländern sind solche Dinge ein ferner Traum. Und doch sind diese lebenswichtigen öffentlichen Dienstleistungen – Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen – der Schlüssel zur Umgestaltung des Lebens von Menschen, die in Armut leben.

Der Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Dienste für alle ist wahrlich keine neue Idee: Sie ist das Fundament, auf der die Gesellschaften der heutigen reichen Länder errichtet wurden. In letzter Zeit folgten manche Entwicklungsländer mit beeindruckenden Ergebnissen. So haben beispielsweise Sri Lanka, Malaysia und der indische Bundesstaat Kerala innerhalb einer Generation im Gesundheits- und Bildungswesen Fortschritte erzielt, für welche die Industriestaaten 200 Jahre benötigten. Der Aufbau starker öffentlicher Dienste ist keine neue Idee, es ist jedoch bewiesen, dass sie funktioniert. Sie sollte im Mittelpunkt aller Bemühungen zur Überwindung der Armut stehen.

Im einundzwanzigsten Jahrhundert ist es skandalös, dass Menschen ohne die Gewährung dieser grundlegendsten Menschenrechte leben müssen – dennoch ist dies für Millionen Familien eine Tatsache. Am heutigen Tag werden

- 4.000 Kinder an Durchfall, einer durch verkeimtes Wasser übertragenen Krankheit, sterben
- 1.400 Frauen unnötig an Schwangerschaftskomplikationen oder während der Entbindung sterben
- 100 Millionen schulpflichtige Kinder, hauptsächlich Mädchen, nicht zur Schule gehen.

Dieser Bericht zeigt, dass in Entwicklungsländern nur dann gesunde und gebildete Menschen leben werden, wenn ihre Regierungen die Verantwortung für die Bereitstellung von Grunddienstleistungen übernehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Privatunternehmen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, aber sie müssen wirksam reguliert und in starke öffentliche Dienste integriert sein und dürfen nicht als Ersatz für diese betrachtet werden. Nur Regierungen können im erforderlichen Umfang agieren und den allgemeinen Zugang zu solchen Dienstleistungen sicherstellen, die unentgeltlich oder für Arme stark subventioniert und an den Bedürfnissen aller Bürger orientiert sind; dies sollte insbesondere Frauen und Mädchen, Minderheiten und die Ärmsten der Armen einschließen. Zwar haben einige Regierungen gute Fortschritte erzielt, aber zu vielen mangelt es an Geld, Fähigkeiten oder der Bereitschaft zu handeln.

Die Regierungen der reichen Länder und internationale Organisationen wie die Weltbank sollten eigentlich wichtige Partner für den Aufbau derartiger öffentlicher Systeme sein, aber allzu oft blockieren sie den Fortschritt, indem sie die erforderlichen Voraussetzungen wie Schuldenerlass und verlässliche Entwicklungshilfe nicht gewährleisten. Sie behindern auch dadurch die Entwicklung, dass sie privatwirtschaftliche Lösungen propagieren, die den Armen nicht zugute kommen.

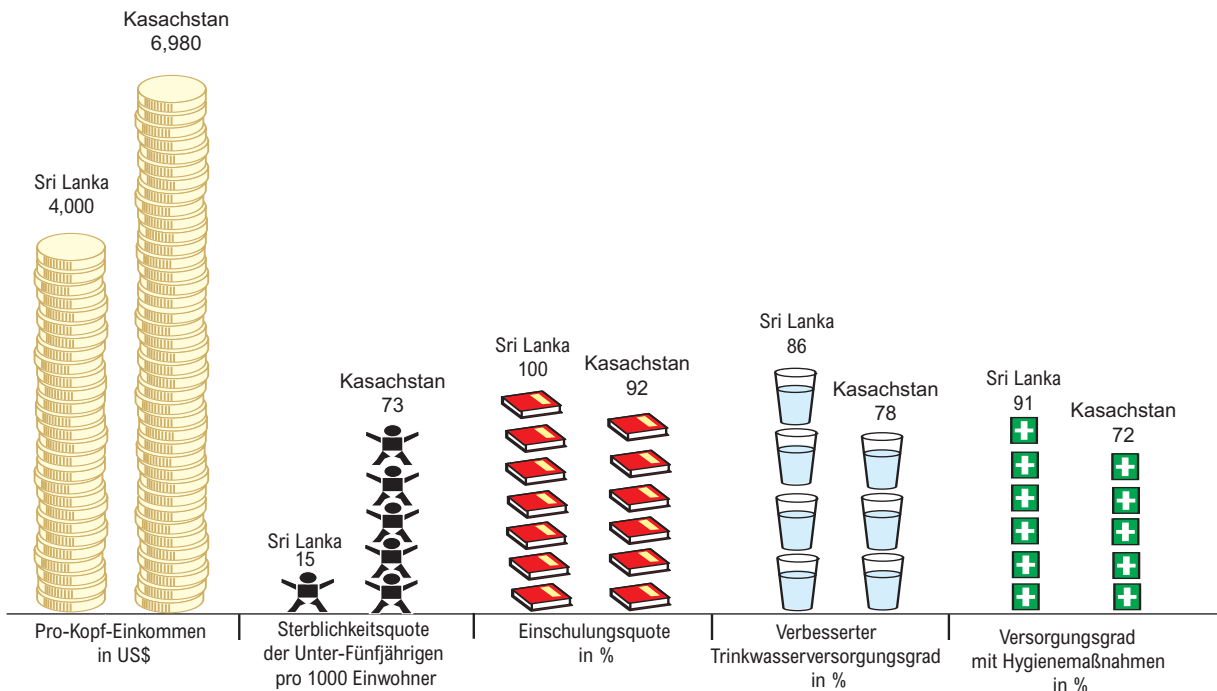
Die Welt kann es sich leisten zu handeln. Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben sich auf internationale Ziele geeinigt, die unter der Bezeichnung Millennium-Entwicklungsziele bekannt sind. Oxfam rechnet, dass die Erfüllung dieser Ziele für Gesundheit, Bildung sowie Wasser und Hygienemaßnahmen zusätzliche Aufwendungen von 47 Mrd. US\$ pro Jahr erfordern würde.

Vergleichen Sie dies mit den globalen Militärausgaben in Höhe von 1.000 Mrd. US\$ pro Jahr oder den 40 Mrd. US\$, die in der Welt alljährlich für Tiernahrung ausgegeben werden.



1,9 Millionen zusätzliche Lehrkräfte werden benötigt.
Jaishree Patel/Oxfam

Abb. 1: Sri Lanka: geringeres Einkommen als Kasachstan, aber gesündere und gebildetere Menschen



(Quellen:

Pro-Kopf-Einkommen: BNE zu Kaufkraftparität in internationalen Dollar, World Bank World Development Indicators Database 2004.

Kindersterblichkeit: Sterblichkeit der Unter-Fünfjährigen pro 1.000 Einwohner, 2003-Daten von UNICEF: www.childinfo.org/areas/childmortality/u5data.php.

Schulbesuch: Netto-Einschulungsquote, UNDP-Daten von 2002/2003: <http://hdr.undp.org/statistics/data/indicators.cfm?x=117&y=1&z=1>.

Wasser: Prozent der Bevölkerung mit Zugang zu gutem Trinkwasser, UNICEF-Daten von 2002: www.childinfo.org/areas/water/countrydata.php.

Hygienemaßnahmen: Prozent der Bevölkerung mit sanitären Anlagen, UNICEF-Daten von 2002: www.childinfo.org/areas/sanitation/countrydata.php)

Öffentlicher Erfolg: Regierungen, die Grunddienstleistungen für alle gewährleisten

Um die Leistung der Regierungen von Entwicklungsländern bewerten zu können, hat Oxfam einen Index für Grunddienstleistungen entwickelt. Er stuft die Länder in vier sozialen Bereichen ein – Überlebenschancen von Kindern, Schulbesuch, Zugang zu Trinkwasser und Hygienemaßnahmen – und vergleicht ihre Einstufung mit dem nationalen Pro-Kopf-Einkommen. Der Vergleich zeigt, dass einige Regierungen stets besser als erwartet abschneiden. Obwohl mehr als ein Drittel der Bevölkerung von Sri Lanka immer noch unterhalb der Armutsschwelle lebt, ist die dortige Müttersterblichkeitsquote eine der weltweit niedrigsten. 96 Prozent der gebärenden Frauen in Sri Lanka werden von einer qualifizierten Hebamme betreut. Brauchen sie oder ihre Familien medizinische Behandlung, bekommen sie diese unentgeltlich in öffentlichen Kliniken, die sie zu Fuß erreichen können und in denen ausgebildete Krankenschwestern Dienst tun. Ihre Kinder können kostenlos die Grundschule besuchen, und die Ausbildung von Mädchen ist bis zur Universität ebenfalls kostenlos.

Vergleichen Sie dies mit Kasachstan. Trotz des um 60 Prozent geringeren Pro-Kopf-Einkommens in Sri Lanka ist in Kasachstan das Risiko, dass ein Kind innerhalb der ersten fünf Lebensjahre stirbt, fünfmal größer und die Wahrscheinlichkeit, dass es die Schule besucht, sauberes Wasser trinkt oder eine Latrine benutzen kann, viel geringer als in Sri Lanka (vgl. Abb. 1).

Sri Lanka ist kein Einzelfall. In der letzten Zeit haben Uganda und Brasilien die Zahl der Kinder, die eine Schule besuchen, verdoppelt, die Zahl der AIDS-Sterbefälle halbiert und Millionen Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Hygienemaßnahmen ermöglicht. Im malaysischen Staat Pulau Penang beliefert der öffentliche Wasserversorgungsbetrieb über 99 Prozent der Bevölkerung mit Wasser und setzt für die ersten 20.000 Liter Wasser, die ein Haushalt im Monat verbraucht, einen subventionierten Preis fest.

Erfolgreiche Regierungen haben Ergebnisse erzielt, indem sie Grunddienstleistungen allgemein verfügbar machten, die Frauen und Mädchen zugute kommen; Gebühren im Gesundheits- und Bildungswesen abschafften und die Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen subventionierten; auf lange Sicht die Fähigkeit staatlicher Unternehmen zur Bereitstellung von Dienstleistungen entwickelten; Dienstleistungen auch in ländlichen Gebieten zur Verfügung stellten; in die Verfügbarkeit von Lehrkräften und Krankenpflegepersonal investierten und die gesellschaftliche Stellung der Frauen und ihre Eigenständigkeit als Nutzerinnen und Erbringerinnen von Dienstleistungen stärkten.

Öffentliches Versagen - wenn Regierungen nicht handeln

‘Im Gesundheitszentrum ärgern sie sich, wenn sie dich behandeln sollen. Wenn du kein Geld hast, schicken sie dich weg. Was dann passiert? Nun, man lässt dich einfach sterben.’

Marta Maria Molina Aguilar, Mutter eines kranken Kindes, Nicaragua

Für jedes Sri Lanka gibt es andere arme Länder mit Millionen Menschen, die keinen Arzt bezahlen können, deren Töchter nie eine Schule besucht haben und in deren Zuhause es weder fließendes Wasser noch Toiletten gibt. Im Jemen kann nur jede dritte Frau lesen und schreiben. Nur jeder fünften Frau, die ein Kind bekommt, steht eine Hebamme zur Seite. Wenn sie und ihr Kind die Geburt überleben, besteht für ihr Kind ein 33-prozentiges Risiko der Mangelernährung und ein 11-prozentiges Risiko, dass es vor Vollendung seines fünften Lebensjahres stirbt. Wenn sie in einem ländlichen Gebiet lebt, wird ihre Familie kaum Zugang zu ärztlicher Betreuung, sauberem Wasser oder einfachen Hygienemaßnahmen haben.

Der Jemen veranschaulicht nicht nur die verheerende Armut, sondern auch die zugrunde liegende, gravierende Ungleichheit der Geschlechter: Frauen und Mädchen haben in der Regel keinen Zugang zu Dienstleistungen. Investitionen zugunsten der Bedürfnisse von Frauen sind jedoch der Eckpfeiler der Entwicklung – sie verbessern sowohl ihre Lebenschancen als auch diejenigen ihrer Kinder. In Entwicklungsländern sind Frauen einem höheren Krankheitsrisiko als Männer ausgesetzt, erhalten aber in geringerem Maße Gesundheitsfürsorge. Man erwartet, dass die Frauen sich um kranke Familienmitglieder kümmern, aber sie sind innerhalb der Familie meist die letzten, die zur Schule gehen und die ersten, die – wenn das Geld knapp ist – von der Schule genommen werden. Und fast immer und überall sind es Mädchen und Frauen, die einen Großteil des Tages damit verbringen, Wasser über weite Strecken heranzuschleppen.

Für die große Mehrheit der Armen in Entwicklungsländern ist Tatsache, dass öffentliche Dienstleistungen entweder gar nicht zur Verfügung stehen oder auf die Bedürfnisse der Reichen zugeschnitten bzw. erschreckend teuer sind – wodurch die soziale Ungleichheit noch verstärkt wird. In 89 von 103 Entwicklungsländern müssen Kinder immer noch Schulgeld zahlen, mit der Folge, dass arme Kinder gezwungen sind, die Schule abzubrechen. Die meisten von ihnen sind Mädchen. In einem Distrikt in Nigeria verdoppelte sich die Zahl der Frauen, die bei der Entbindung starben, nachdem für Schwangerenbetreuung Gebühren erhoben wurden. Da sie keinen Zugang zu öffentlicher Wasserversorgung haben, müssen arme Verbraucher ihr Wasser von privaten Händlern kaufen. Das bedeutet, dass sie für jeden Liter bis zu einem Fünffachen des Betrages ausgeben müssen, den reichere Verbraucher bezahlen, die an die Wasserversorgung angeschlossen sind. Vielerorts ist zudem Korruption bei privaten wie öffentlichen Dienstleistungen ein großes Problem. Korruption und Ineffizienz bedeuten lückenhafte Versorgung, hohe Personalfehlzeiten und Gebühren für qualitativ schlechte Dienstleistungen.

Die vorhandenen öffentlichen Dienste werden von einer Rumpfbelegschaft schlecht entlohnter, überarbeiteter und gering geschätzter Lehrkräfte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens aufrechterhalten. In den am wenigsten entwickelten Ländern haben sich die Gehälter der Lehrer seit 1970 um die Hälfte verringert. Und es kann kaum genügend Helden des öffentlichen Sektors geben. Um Basisgesundheitsdienste und Bildung für alle zugänglich zu machen, würden weltweit weitere 4,25 Millionen Mitarbeiter des Gesundheitswesens und weitere 1,9 Millionen ausgebildete Lehrkräfte benötigt.

Die Zivilgesellschaft: Teilbeiträge gegen die Missstände

Wenn ihre Regierungen ihnen wichtige öffentliche Dienstleistungen nicht zur Verfügung stellen, müssen die meisten Armen ohne Bildung, Gesundheitsfürsorge, sauberes Wasser oder Hygienemaßnahmen auskommen. Andere ruinieren sich finanziell bei der Inanspruchnahme teurer privater Dienstleistungen oder sie verlassen sich auf zivilgesellschaftliche Anbieter wie Moscheen, Kirchen, gemeinnützige Organisationen und Gemeindegruppen. Diese wirken in abgelegenen und marginalisierten Gemeinschaften und bieten dort basisnahe Dienste an – beispielsweise die Hauspflege von AIDS-Patienten, die sich in schwer betroffenen afrikanischen Ländern wie Malawi entwickelt hat. Die informelle Bereitstellung von Gesundheitsfürsorge und Grundbildung durch lokale Netzwerke, die sich oft auf die unbezahlte Arbeit von Frauen stützen, ist in vielen Ländern besonders für marginalisierte und besonders gefährdete Gruppen allgemein üblich.

Zivilgesellschaftliche Organisationen können auch innovative Ansätze für Grunddienstleistungen entwickeln und einführen und Bürger dabei unterstützen, ihre Rechte auf Gesundheitsfürsorge, Bildung und Wasserversorgung einzufordern. Jedoch erreichen sie nur einen Teil der Bedürftigen, eine umfangreiche Ausweitung ihrer Dienste ist oft schwierig und die Qualität ihrer Leistungen schwankt erheblich. So haben sich beispielsweise in Sambia Gemeinschaften zum Bau von Schulen zusammengesetzt, in einigen dieser Schulen fehlen jedoch die einfachsten Lehrmaterialien und Hygieneeinrichtungen. Es hat sich gezeigt, dass diese Art von Bürgerinitiativen am besten funktionieren, wenn sie in ein unter öffentlicher Leitung stehendes System eingebunden werden, ihr Beitrag offiziell anerkannt und von der Regierung unterstützt wird. Im indischen Bundesstaat Kerala sowie in Malaysia und Barbados haben die Regierungen Brücken zur Zivilgesellschaft geschlagen, indem sie zum Beispiel die Betriebskosten der kirchlichen Schulen übernahmen, und kontrollierten sie regelmäßig, um die erforderlichen Standards zu gewährleisten.

Wenn der Staat nicht funktioniert, löst der Markt das Problem auch nicht

Angesichts versagender staatlicher Dienste erhofften viele, dass der privatwirtschaftliche Sektor Lösungen bietet. In manchen Fällen hat dies funktioniert. Länder wie Südkorea und Chile haben durch Einbeziehung des Privatsektors in die Erbringung von Dienstleistungen beeindruckende Wohlfahrtszuwächse erreicht. Jedoch neigen diese Dienste zu sehr unterschiedlicher Versorgung und hohen Kosten; sie schließen oft die Ärmsten aus, die sich die Dienste nicht leisten können, da die Regulierung privater Dienstleister bekanntlich sehr schwierig ist. Marktorientierte Lösungen haben oftmals die Erbringung von Grunddienstleistungen untergraben und sich negativ auf die ärmsten und sozial schwächsten Gemeinschaften ausgewirkt. Die Privatisierung der Wasserversorgung ist das bekannteste Beispiel, aber auch der nicht ausreichend regulierte Einstieg des privaten Sektors in die Gesundheitsfürsorge der Entwicklungsländer expandiert ebenfalls schnell.

- Als China die unentgeltliche Gesundheitsfürsorge zugunsten von gewinnorientierten Krankenhäusern und Krankenversicherung einstellte, stiegen die von den Haushalten aufzubringenden Gesundheitskosten um das Vierzigfache und die bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit erzielten Fortschritte verlangsamten sich. Früher unentgeltliche Dienstleistungen werden jetzt von der

Krankenversicherung bezahlt, aber nur jeder fünfte Bewohner ländlicher Gebiete Chinas hat Versicherungsschutz.

- Chile realisierte als eines der ersten Länder die Einbeziehung des Privatsektors in sein Gesundheitssystem. Es hat auch die weltweit höchste Quote der Entbindungen durch Kaiserschnitt (1997: 40 Prozent). Das liegt in erster Linie daran, dass Privatkliniken versuchen, ihre Gewinne durch die Mehrkosten für den chirurgischen Eingriff und längeren Krankenhausaufenthalt zu maximieren.
- Die Regulierung privater Anbieter, insbesondere mächtiger multinationaler Konzerne, kann für schwache Staaten schwieriger sein als die Dienstleistungen selbst zu erbringen. Der globale Wassermarkt wird von einer Handvoll US-amerikanischer, französischer und britischer Unternehmen wie Bechtel, Suez und Bewater dominiert: die von ihnen ausgehandelten Verträge betreffen oft die lukrativsten Marktsegmente, sehen garantierte Gewinnspannen vor und gelten in US-Dollar. Wenn Regierungen versuchen, diese Verträge zu kündigen, laufen sie Gefahr verklagt zu werden, wie vor kurzem entsprechende Fälle in Tansania und Bolivien gezeigt haben.

Die reichen Länder: Forcierung des Privatsektors, Nichteinhaltung von Entwicklungshilfezusagen und Abwerbung von Lehrkräften und Krankenpflegepersonal aus armen Ländern

Die Regierungen reicher Länder und internationale Organisationen wie die Weltbank können die Politik armer Länder in starkem Maße beeinflussen. In einigen der ärmsten Länder macht Entwicklungshilfe die Hälfte des Staatshaushaltes aus. Durch Entwicklungshilfe finanzierte Beratung durch ausländische Experten hat einen starken Einfluss auf die Art der von der Regierung in Angriff genommenen Reformen.

Anstatt die Stärkung der öffentlichen Dienste zu unterstützen, nutzen die Regierungen reicher Länder und Organisationen wie die Weltbank allzu oft diesen Einfluss, um leistungsschwache öffentliche Dienste durch privatwirtschaftliche Lösungen zu ersetzen. Die zunehmende Einbeziehung des privaten Sektors ist für sie der Schlüssel zur Steigerung der Effizienz und zur Verbesserung der Dienstleistungen; es zeigt sich indessen zunehmend, dass diese Lösungen nur selten im Interesse der Armen sind. Weltbank und IWF bestehen oftmals darauf, dass Regierungen als Gegenleistung für Entwicklungshilfe und Schuldenerlass die Privatisierung zulassen und privatwirtschaftliche Dienstleistungen erhöhen. Einer 2006 durchgeführten Studie zufolge war in 18 von 20 Ländern die Privatisierung eine Voraussetzung für Weltbank- und IWF-Kredite – eine Erhöhung gegenüber den Vorjahren.

Was Regierungen armer Länder wirklich benötigen, ist gut koordinierte, verlässliche Entwicklungshilfe, die durch die öffentlichen Systeme und die Staatshaushalte zugeführt wird. Was arme Länder typischerweise erhalten, ist unzureichende, nicht planbare Entwicklungshilfe, eingesetzt für ein Wirrwarr unterschiedlichster Projekte, die mit den öffentlichen Diensten direkt um Personal und knappe Mittel konkurrieren. Bis zu 70 Prozent der Entwicklungshilfe für das Bildungswesen werden weltweit für technische Hilfe, größtenteils für hoch bezahlte Berater aus dem Westen, ausgegeben. Einer Untersuchung der technischen Hilfe in Mozambique zufolge gaben reiche Länder dort pro Jahr 350 Mio. US\$ für technische Experten aus, während sich die gesamte Lohnsumme des öffentlichen Sektors von Mozambique auf gerade einmal 74 Mio. US\$ belief. Im Gesundheitswesen bedeuten die von den Gebern geforderten zahlreichen ‚vertikalen‘ Initiativen eine Zeitverschwendung für leitende Beamte, duplizieren und untergraben die Gesundheitsdienste und verzerren die Prioritäten im Gesundheitswesen. Beispielsweise mussten Angola und die Demokratische Republik Kongo jeweils vier verschiedene ‚Koordinierungsgremien‘ für HIV/AIDS einrichten.



Saodat und Osuda Hasanova müssen zwei- bis dreimal täglich Wasser holen: *'Ich habe gehört, dass woanders die Menschen einfach einen Hahn aufdrehen und dann läuft Wasser heraus. So einen Hahn hätte ich auch gern in unserem Haus'*
Dorf Shibanaï, Tadschikistan
Karen Robinson/Oxfam

Vom IWF festgelegte Begrenzungen der Gehälter im öffentlichen Sektor und der Neueinstellungen verhindern den Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens. Zwar hat der IWF Recht mit seiner Forderung nach gewissenhafter Wirtschaftspolitik, aber seine überzogen starre Haltung ist mit dem Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele für Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen unvereinbar. Die Welthandelsorganisation und bilaterale sowie regionale 'Freihandelsabkommen' könnten die öffentlichen Dienste ebenfalls gefährden, indem sie den Spielraum der Regierungen für die Regulierung ausländischer Dienstleister einschränken.

Während die reichen Länder die Entwicklungsländer dazu drängen, die Millennium-Entwicklungsziele im Gesundheits- und Bildungsbereich zu erfüllen, tragen sie zugleich zu deren Fachkräftemangel bei, indem sie Tausende abwerben. Von 489 Krankenpfleger/innen, die zwischen 1986 und 1995 die Ghana Medical School absolvierten, haben 61 Prozent Ghana verlassen, über die Hälfte davon ist in das Vereinigte Königreich und ein Drittel in die USA ausgewandert.

Was geschehen muss

Ein Wandel ist möglich. Dafür ist jedoch ein abgestimmtes Handeln der Regierungen der Entwicklungsländer notwendig, das von den reichen Ländern unterstützt und nicht untergraben wird. Die Regierungen müssen außerdem von aktiven Bürgern, die ihre Rechte einfordern, zur Rechenschaft gezogen werden.

Veränderung der politischen Prioritäten

Politisches Engagement und Reformwille sind entscheidend für das Funktionieren von Dienstleistungen, und um das zu erreichen, muss auf die Regierungen Druck ausgeübt werden. Sie müssen dazu gedrängt werden, für Grunddienstleistungen mehr Mittel bereitzustellen und das Geld besser auszugeben.

Im indischen Bundesstaat Kerala und in Sri Lanka forderten politisch gebildete Bürger/innen leistungsfähige Dienste. Überall in der Welt bringen zivilgesellschaftliche Organisationen Debatten über wesentliche Dienstleistungen in die Zeitungen und auf die Prioritätenlisten von Politikern. In Kenia trug die nationale Koalition von Bildungsgruppen, Elimu Yetu (Unsere Bildung), entscheidend dazu bei, den unentgeltlichen Grundschulunterricht, der im Jahr 2002 eingeführt wurde, zu einem Wahlkampfthema zu machen. Das Ergebnis war, dass 1,2 Millionen Kinder erstmals die Schule besuchen konnten. 2005 wurde der Global Call to Action against Poverty (GCAP), die größte Koalition aller Zeiten gegen Armut, gegründet. Über 36 Millionen Menschen in mehr als 80 Ländern wurden im Rahmen von GCAP aktiv. Zu den wichtigsten Forderungen dieser Bewegung zählen qualitativ gute öffentliche Dienstleistungen für alle und eine Beendigung der Privatisierung überall dort, wo sie Entbehrungen und Armut mit sich bringt.

Dienstleistungen auch für Frauen

In grundlegende Dienstleistungen zu investieren, die Frauen und Mädchen unterstützen und stärken, bedeutet, Frauen als Arbeitnehmerinnen zu fördern, Frauen und Mädchen als Kundinnen von Dienstleistern zu unterstützen, sie gegen Missbrauch zu schützen und diese Maßnahmen mit rechtlichen Reformen zu verbinden, die die Stellung und Eigenständigkeit von Frauen in der Gesellschaft erhöhen. In Botsuana, Mauritius, Sri Lanka, Costa Rica und Kuba war der hohe Frauenanteil bei Lehrkräften und Gesundheitspersonal entscheidend dafür, Frauen und Mädchen zur Nutzung dieser Dienste zu ermutigen. Fortschritte werden oftmals dadurch erreicht, dass man gleichzeitig mit Frauengruppen arbeitet, Gesetze ändert und frauenfeindliche Überzeugungen in Frage stellt. In Brasilien sorgten innerhalb und außerhalb der Regierung tätige Frauenorganisationen dafür, dass die 1988 verabschiedete Verfassung die Bedeutung der reproduktiven Gesundheit von Frauen widerspiegelt. Frauenbewegungen haben ihren Einfluss auf die öffentliche Gesundheitspolitik in Brasilien weiter geltend gemacht; ein einheitliches Gesundheitsprogramm für Frauen (Programa de Assistência a Saude da Mulher – PAISM) wurde eingeführt, und Opfer von Vergewaltigungen können jetzt spezielle Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen.



Überfüllte Ambulanz, Nikaragua.
Carlos Galial/Intermon

Gegen die Beschäftigungskrise angehen

‘Solange ich atme, werde ich unterrichten. Ich arbeite nicht des Geldes wegen, sondern weil ich meine Arbeit und die Kinder liebe.’

Viola Shaw-Lewis, 76jährige Lehrerin, Staatliche Schule Kingsville, Liberia

Die Angestellten des öffentlichen Sektors müssen als wahre Heldinnen und Helden gewürdigt und in den Mittelpunkt der Bemühungen um Ausweitung der Dienste für alle gestellt werden. Alle erfolgreichen Länder haben ein Ethos entwickelt, das die Angestellten des öffentlichen Sektors ermutigt, auf ihren Beitrag zur Entwicklung der Nation stolz zu sein, und die Gesellschaft auffordert, ihnen eine angemessene Stellung einzuräumen und Achtung zu erweisen.

Die Bezahlung allein erhöht nicht immer die Motivation, aber sie ist überall dort vorrangig, wo die Einkünfte gegenwärtig zu niedrig sind. Bessere Entlohnung muss auch mit besseren Arbeitsbedingungen einhergehen. Für die meisten Lehrkräfte, besonders aber Lehrerinnen in ländlichen Gebieten, ist ihre Unterkunft ein großes Problem. Die Regierungen müssen mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, um bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen zu erreichen, und gleichzeitig Verhaltenskodizes einführen, die sicherstellen, dass die Mitarbeiter/innen ihre Arbeit machen.

Die drastische Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte und des Gesundheitspersonals ist eine gewaltige Aufgabe, für die eine strategische, koordinierte Planung zwischen den Regierungen armer Länder und den Gebern von Entwicklungshilfe notwendig ist. Die Regierungen müssen in fähige Manager und Planer investieren, deren Aufgabe darin besteht, Pläne mit klar veranschlagten Kosten aufzustellen und sie umzusetzen. In Malawi finanzieren Geber jetzt eine Gehaltserhöhung für Mitarbeiter/innen des öffentlichen Gesundheitswesens, um die Abwanderung von ärztlichem und Pflegepersonal einzudämmen und die Qualität der stationären Pflege zu verbessern.

Korruption bekämpfen und Rechenschaftspflicht stärken

In vielen Fällen haben höhere Gehälter, ein höhere gesellschaftliche Stellung und bessere Bedingungen für Mitarbeiter/innen des öffentlichen Sektors zum Rückgang der Klein-Korruption beigetragen. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene können starke Bildungseinrichtungen und Aufklärungskampagnen eine wichtige Rolle bei der Förderung einer Kultur des Vertrauens, der Aufrichtigkeit und Achtung der Rechtstaatlichkeit spielen. Auch auf politischer Ebene muss gegen Korruption vorgegangen werden. Es hat sich gezeigt, dass in diesem Kampf eine Mehrparteien-Demokratie und die Herausbildung der Zivilgesellschaft sowie eine freie Presse von zentraler Bedeutung sind. So haben in Costa Rica und Kenia Pressekandale zur strafrechtlichen Verfolgung von hochrangigen Regierungsbeamten geführt.

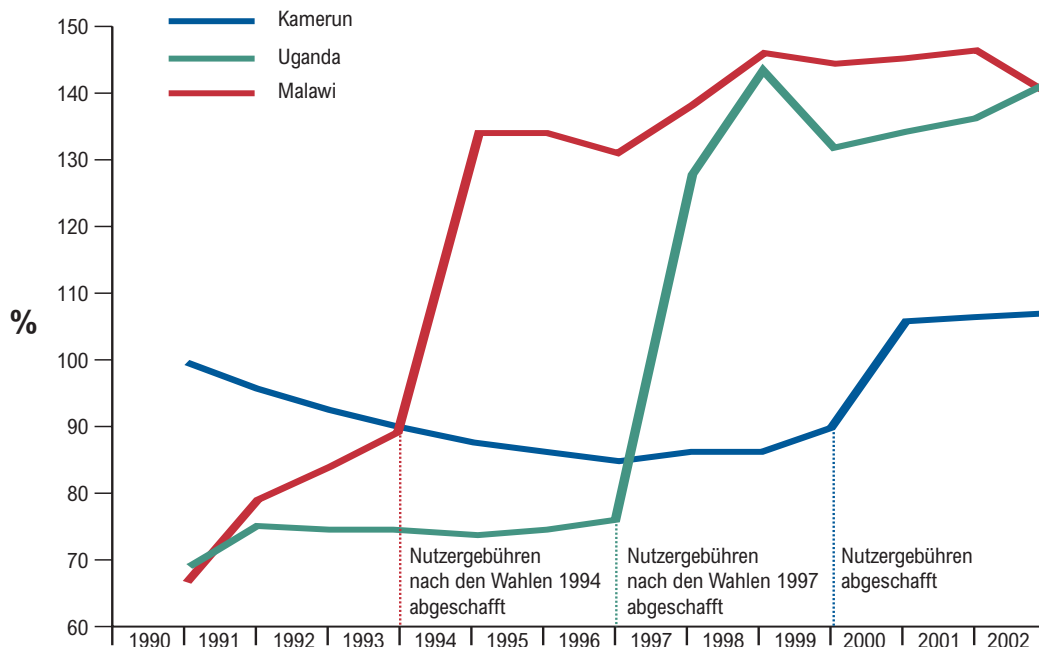
Die Zivilgesellschaft spielt auch eine zunehmend wichtige und lautstarke Rolle in den Bemühungen, führende Politiker zur Rechenschaft zu ziehen, staatliche Ausgaben für Grunddienstleistungen zu kontrollieren und Fälle, in denen Geld “verschwindet”, an die Öffentlichkeit zu bringen. Im Rahmen der öffentlichen Aufsicht muss Bürgern eine offiziell anerkannte Rolle eingeräumt werden. WaterAid hat Feedback-Mechanismen zwischen Gruppen von Wasserverbrauchern und lokalen Verwaltungen in Nepal, Indien, Bangladesh, Ghana und Äthiopien eingerichtet. In Malawi kontrollieren Gruppen, die sich für Bildung engagieren, die staatlichen Ausgaben für Grundschulen. Das internationale Netzwerk Social Watch vereint Bürgergruppen aus über 60 Ländern, die regelmäßig die Leistung ihrer Regierungen bei der Erbringung von Grunddienstleistungen überprüfen.

Die Abschaffung der Nutzergebühren für den Grundschulunterricht (siehe Abb. 2) und für die gesundheitliche Grundversorgung kann einen direkten Einfluss auf die Inanspruchnahme der Dienstleistungen haben. Bei Wasser, ohne das niemand auskommen kann, geht es hingegen nicht um die Inanspruchnahme, sondern um die Verbesserung des Zugangs für arme Menschen und die gerechte Verteilung einer begrenzten Ressource. Die Gebühren sind so zu gestalten, dass eine tägliche Mindestmenge entweder unentgeltlich oder für Arme erschwinglich ist.

Die reichen Länder müssen öffentliche Dienstleistungen unterstützen

Die reichen Länder müssen die Regierungen und die Menschen in den Entwicklungsländern bei der Umsetzung der oben dargelegten Maßnahmen unterstützen. Sie müssen aufhören, durch die Forderung nach der Ausweitung privater Dienstleistungen die Regierungen zu umgehen und ihre Autorität zu untergraben. Sie müssen ihr 36 Jahre altes Versprechen, 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, endlich erfüllen. Diese Hilfe muss langfristig, vorhersehbar und auf Länder ausgerichtet sein, die ihr Engagement zur Ausweitung der Versorgung mit qualitativ guten sozialen Grunddienstleistungen beweisen. Sie sollte insbesondere auf die Bereitstellung von Gehältern und Betriebskosten öffentlicher Systeme konzentriert sein, möglichst über Sektor- oder direkte Budgethilfe. Dies muss außerdem durch vollständigen Schuldenerlass für alle armen Länder, die diesen benötigen, unterstützt werden. Reiche Regierungen müssen zudem die aktive Abwerbung von Fachkräften aus armen Ländern, die im Gesundheits- und Bildungswesen reicher Länder arbeiten, reduzieren.

Abb. 2: Auswirkung der Abschaffung der Nutzergebühren für Grundschulunterricht auf die Brutto-Einschulungsquote



(Quelle: Website der Weltbank: <http://devdata.worldbank.org/edstats/query/default.htm>)

Schlussfolgerung

Innerhalb einer Generation könnte erstmals in der Geschichte jedem Kind weltweit der Schulbesuch ermöglicht werden. Jede schwangere Frau könnte die größtmögliche Chance erhalten, dass sowohl sie als auch ihr Kind überleben. Alle könnten gefahrlos Wasser trinken. Millionen zusätzlicher Mitarbeiter/innen des Gesundheitswesens und Lehrkräfte könnten Leben retten und das Denken junger Menschen prägen.

Wir wissen, was zum Erreichen dieses Ziels notwendig ist: politische Führung, staatliches Handeln und öffentliche Dienste, unterstützt durch langfristige flexible Entwicklungshilfe der reichen Länder und durch Schuldenerlass. Wir wissen, dass der Markt allein dies nicht bewirken kann. Die Zivilgesellschaft kann zwar in Teilbereichen einspringen, aber vor allem müssen die Regierungen handeln. Es gibt keine Abkürzung und keinen anderen Weg.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Regierungen der Entwicklungsländer ihrer Verantwortung nachkommen; ihre Bürger müssen sie dazu anhalten; reiche Länder müssen sie dabei unterstützen und dürfen ihre Bemühungen nicht untergraben. Mit den Worten von Nelson Mandela:

‘Armut ist nichts Natürliches. Sie wird von Menschen gemacht und kann durch das Handeln von Menschen überwunden und beendet werden. Die Überwindung der Armut ist keine Geste der Barmherzigkeit. Sie ist ein Akt der Gerechtigkeit. Sie ist die Gewährung eines grundlegenden Menschenrechts: des Rechts auf Würde und ein menschenwürdiges Leben. Solange die Armut andauert, gibt es keine Freiheit.’

Rede anlässlich des Starts der Kampagne „Make Poverty History“, Trafalgar Square, 3. Februar 2005

Empfehlungen

Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen:

- anhaltende Investitionen in grundlegende Bildungs-, Gesundheits-, Wasserversorgungs- und Hygiene-Systeme und -Dienstleistungen vornehmen. Insbesondere müssen sie eine präventive Politik im Bereich der reproduktiven Gesundheit betonen und die HIV/AIDS-Pandemie aktiv bekämpfen.
- die Gebühren für Grundbildung und Gesundheits-Grundversorgung abschaffen und Wasser für arme Menschen subventionieren.
- die Gleichstellung der Geschlechter verbessern, indem sie dafür sorgen, dass Dienstleistungen Frauen und Mädchen zugute kommen und indem sie deren soziale Stellung verbessern.
- mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor in einem einheitlichen öffentlichen System zusammenarbeiten.
- dringend benötigtes Personal im Gesundheitswesen sowie Lehrkräfte ausbilden, einstellen und dafür sorgen, dass sie nicht abwandern.
- den Lohn und die Arbeitsbedingungen für die vorhandenen Beschäftigten verbessern.
- ein Ethos des öffentlichen Dienstes entwickeln, gemäß dem sowohl die Allgemeinheit als auch die Beschäftigten im Grunddienstleistungsbereich stolz auf ihre diesbezüglichen Beiträge sind.
- die Vertretung und Aufsichtsfunktion der Bürger/innen im Rahmen der Kontrolle öffentlicher Dienste sowie die Teilnahme der Zivilgesellschaft an lokalen und nationalen Planungs- und Budgetierungsprozessen gewährleisten; dies gilt auch für Vereinbarungen und Verträge, die mit Gebern, der Weltbank oder dem IWF abgeschlossen werden.
- öffentlich gegen Korruption Stellung nehmen und gegen sie vorgehen.

Die reichen Länder, die Weltbank und der IWF müssen:

- damit aufhören, unangemessene Reformen im Bereich der öffentlichen Dienste durch Konditionierung der Entwicklungshilfe, technische Beratung und Handelsabkommen durchzusetzen.
- ihre Versprechen erfüllen, 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens für Entwicklungshilfe bereitzustellen und mindestens 20 Prozent davon für Grunddienstleistungen einzusetzen.
- ihre internationalen Verpflichtungen, die Qualität der Entwicklungshilfe zu verbessern, einschließlich der Zusagen von Paris zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, uneingeschränkt umsetzen. Sie müssen außerdem gewährleisten, dass diese Hilfe koordiniert, vorhersehbar und langfristig vergeben wird und weiteren Schuldenerlass sowie verstärkt Budget- und Sektor-Unterstützung umfasst.
- die Abschaffung der Nutzergebühren für gesundheitliche Grundversorgung und Grundschulbildung finanziell unterstützen, sowie Wassergebühren für arme Menschen subventionieren.
- den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria und die Education for All Fast Track-Initiative uneingeschränkt finanzieren und dafür Sorge tragen, dass hierdurch Regierungen und öffentliche Systeme unterstützt und Duplizierung vermieden werden.
- mit armen Ländern zusammenarbeiten, um 4,25 Millionen neue Mitarbeiter/innen des Gesundheitswesens und 1,9 Millionen Lehrkräfte einzustellen und auszubilden sowie dafür sorgen, dass sie nicht abwandern. Sie müssen zudem in die Fähigkeiten der Mitarbeiter/innen der öffentlichen Versorgungsbetriebe und Lokalverwaltungen investieren, die für die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen verantwortlich sind.
- die aktive Anwerbung von Gesundheits- und anderen Fachkräften aus armen Ländern verringern.



'Mir fehlen die Geräte und die Diagnostika; ich bekomme die Ausbildung aber dann nicht die Ausrüstung. Hier gibt es zahlreiche Helden, aber ihre Gehälter entsprechen nicht ihrem Wirken.'
Aregar Baghdasaryan, Ärztin in der Vayk-Poliklinik, Armenien
Toby Adamson/Oxfam

Die Zivilgesellschaft muss:

- in gemeinsamen Aktionen qualitativ gute öffentliche Dienste fordern, einschließlich kostenloser Gesundheitsfürsorge und Bildung sowie subventionierter Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen.
- weiter am Aufbau globaler sozialer Bewegungen arbeiten, die Regierungshandeln einfordern, wie der Global Campaign for Education, der Global Call to Action against Poverty sowie die Frauenbewegung.
- sich an lokalen und nationalen Planungsprozessen beteiligen.
- mit den nationalen Parlamenten bei der Kontrolle der Verwendung von Haushaltsmitteln zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Dienstleistungen auch für die Ärmsten zur Verfügung stehen und Korruption nicht geduldet wird.
- die Regierungen reicher Länder, die Weltbank und den IWF auffordern, ihre Entscheidung zu rechtfertigen, wenn sie öffentliche Dienstleistungen nicht unterstützen.
- eng mit staatlichen und anderen nichtstaatlichen Anbietern zusammenarbeiten, um mehr Innovation, Lernprozesse, Zusammenarbeit und Rechenschaftspflicht bei der Erbringung von Grunddienstleistungen zu gewährleisten.



Im Interesse der Allgemeinheit

Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen für Alle

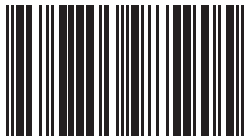
In diesem Bericht wird gezeigt, dass Armutsbekämpfung im Kern den Aufbau starker öffentlicher Dienstleister in den Entwicklungsländern erfordert. Dies könnte Verbesserungen im Leben von Millionen Menschen bewirken. Bei entsprechendem politischen Willen kann unsere Generation es schaffen.

Die Regierungen müssen die Verantwortung für die Bereitstellung von Grunddienstleistungen übernehmen, mit ausreichend Personal. Die Dienstleistungen müssen für alle zugänglich und auch für die Ärmsten bezahlbar sein. Die Zivilgesellschaft und Privatunternehmen können wichtige Beiträge dazu leisten, diese müssen jedoch in starke öffentliche Systeme eingebettet sein. Internationale Geber sind entscheidende Partner, aber sie behindern oft den Fortschritt, indem sie sich weigern, Schuldenerlass und vorhersehbare Entwicklungshilfe für öffentliche Systeme zu gewähren oder indem sie Privatisierungen forcieren, die armen Menschen nichts nutzen.

© Oxfam International 2006

www.oxfam.org

ISBN 978-085598-590-5



9 780855 985905 >



Oxfam International ist ein Verbund von 13 Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, die in über 100 armen Ländern weltweit tätig sind: Oxfam Amerika, Oxfam Australien, Oxfam-in-Belgien, Oxfam Frankreich - Agir Ici, Oxfam Großbritannien, Oxfam Hongkong, Oxfam Intermón (Spanien), Oxfam Irland, Oxfam Kanada, Oxfam Neuseeland, Oxfam Novib (Niederlande), Oxfam Québec, sowie Oxfam Deutschland.



WaterAid - Wasser für das Leben

Die internationale NRO, die sich ausschließlich der Bereitstellung von sicherem Haushaltswasser, Sanitärversorgung und Hygieneberatung für die Ärmsten der Welt widmet.

Charity registration number 288701